+ 46

Reto Ammann
Fraktion glp/BDP
Weinbergstrasse 30
8280 Kreuzlingen

Karin Bétrisey
Fraktion Grüne
Niederholzstrasse 9
8593 Kesswil

Dominik Diezi
Fraktion CVP/EVP
Niederfeld 31 A
9320 Stachen

Nina Schläfli
Fraktion SP/Gew
Schmittenstr. 18
8280 Kreuzlingen

Anders Stokholm
Fraktion FDP
Laubgasse 27a
8500 Frauenfeld

EINGANG GR
23. Okt. 2019
GRG Nr. 16 1042 424

Motion „Statistik im Bereich LGBTIQ+ -feindlichen Aggressionen“

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau wird beauftragt, die heutige Polizeipraxis dahingehend zu erweitern, dass Gewalt und verbale Aggressionen mit LGBTIQ+ -feindlichem Charakter in der Statistik der angezeigten Straftaten ersichtlich werden.

Die Daten der Polizei sind jährlich zu analysieren oder einem Überwachungsorgan für solche Gewalttaten zur Verfügung zu stellen.

Die Kantonspolizei ist in der Grundausbildung und mit Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTIQ+ -feindlichen Aggressionen zu schulen.

Die Motionäre ersuchen den Regierungsrat mit der Motion, die entsprechend geeigneten Instrumente zwecks Erreichung der Motion auszuarbeiten.

Begründung

Anlässlich eines gemeinsamen LGBTIQ+Podiums zur Gleichstellung haben die Mitunterzeichnenden glaubhaft miterlebt, dass Diskriminierungen von LGBTIQ+-Menschen im Alltag auch im Thurgau leider vorkommen. Dabei fehlt es oft an der Sensibilität, was solche Diskriminierungen bei den Betroffenen auslösen.

Trotz vieler Fortschritte im Kampf für die Rechte von LGBTIQ+-Menschen bleibt ein langer Weg zu gehen, bis tatsächlich Gleichstellung erreicht ist. Insbesondere erleiden LGBTIQ+ -Personen auch heute noch regelmässig psychische, verbale, körperliche oder sexuelle Gewalt. Diese Gewalt ist alltäglich: So erfasst die im November 2016 ins Leben gerufenen Helpline der LGBTIQ+ - Dachverbände im Durchschnitt schweizweit zwei Hassdelikte pro Woche, wobei das Ausmass der körperlichen Gewalt mit fast einem Drittel der Fälle besonders schockierend ist. Die Dunkelziffer nicht gemeldeter Fälle ist zudem sehr hoch.

Offizielle Statistiken dazu fehlen: Trotz zahlreicher internationaler, von der Schweiz unterzeichneter Abkommen, erfassen die Polizeibehörden den homo-, bi-, inter- und transfeindlichen Charakter physischer und verbaler Gewalttaten nicht. Der Europarat riet

deshalb in seinem «5. Bericht zur Schweiz» 2014 den Behörden, endlich «statistische Daten über rassistische, homophobe oder transphobe Motive von Straftaten» zu erfassen. Die vom nationalen Parlament im letzten Herbst beschlossene Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm um das Kriterium der sexuellen Orientierung wird zwar – als neuer Straftatbestand – die Erfassung gewisser Arten von LGB-feindlichen Aggressionen nach sich ziehen. Das gilt jedoch bei Weitem nicht für alle Straftaten, denen ein LGBTIQ+ -feindliches Tatmotiv zugrunde liegt.

Die häufige Straflosigkeit eines grossen Anteils der LGBTIQ+ -feindlichen Aggressionen treibt die Opfer in Schweigen, Angstzustände, Isolation und manchmal in den Suizid. Es wird geschätzt, dass bloss 10–20 % der LGBTIQ+ -feindlichen Gewaltfälle angezeigt werden. Laut Schweizer Kennzahlen laufen junge Lesben, Bisexuelle und Schwule zwei- bis fünfmal mehr Gefahr, einen Suizidversuch zu unternehmen, als heterosexuelle männliche und weibliche Jugendliche. Bei trans und inter Menschen ist die Gefahr sogar zehnmal höher.

In Anbetracht der gegenwärtigen Zunahme von physischen und verbalen Angriffen gegenüber LGBTIQ+-Menschen, die den kantonalen und nationalen LGBTIQ+-Organisationen gemeldet werden, ist es umso dringlicher, die derzeitige Praxis der Polizei zu ändern und die LGBTIQ+ -feindlichen Aggressionen in den Kantonen klar zu erfassen. Zu diesem Zweck ist es ebenfalls unerlässlich, die Justiz- und Polizeibehörden in einer Grundausbildung zu schulen sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Die erfassten Statistiken werden ein klares Bild der Lage im Thurgau liefern. Es ist unerlässlich, dass der Staat den Umfang dieser Aggressionen kennt, um effizient gegen die LGBTIQ+-Feindlichkeit vorgehen zu können.

Die unterzeichnenden Kantonsrätinnen und Kantonsräte dieses parlamentarischen Vorstosses wollen bei den Thurgauer Behörden deshalb ein starkes Zeichen setzen, damit sich der Kanton gegen jegliche Art von Gewalt – auch gegen LGBTIQ+ -Personen - einsetzt und alles unternimmt, damit diese in ihrer Integrität und Würde geschützt werden.

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Motion gedankt.

Weinfelden, 23. Oktober 2019

Alphabetisch geordnet:

Reto Ammann - Karin Bétrisey - Dominik Diezi - Nina Schläfli - Anders Stokholm

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Motion „**Statistik auch im Bereich LGBTIQ+ -feindlichen Aggressionen**“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1		26 Zürcher Käthi	
2		27	
3		28	
4		29	
5		30	
6		31	
7		32	
8		33	
9		34	
10		35	
11		36	
12		37	
13		38	
14		39	
15		40	
16		41	
17		42	
18		43	
19		44	
20		45	
21		46	
22		47	
23		48	
24		49	
25		50	

– 1 (Pos. 1)